

Pressemitteilung vom 28.3.2023

„Wir sehen schwarz für Ihre Versorgung – die Renditemedizin muss weg!“

- **Am 29. März erneut Praxisschließungen in Hessen**
- **Proteste richten sich gegen „Heuschrecken in Arztpraxen“**
- **Jeden letzten Mittwoch im Monat sollen Thementage die Missstände in der Gesundheitspolitik aufzeigen**

Hattersheim/Bad Homburg/Frankfurt/Hanau. Die Proteste gegen die aktuelle Gesundheitspolitik gehen am Mittwoch, 29. März, in die fünfte Runde. Diesmal richten sie sich gegen eine zunehmende Kommerzialisierung im Gesundheitswesen, die immer mehr Ärztinnen und Ärzte nicht nur in der stationären, sondern auch in der ambulanten Versorgung unter Druck setzt. Zudem rufen der Hausärzterverband Hessen (HÄVH), der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzt*innen (BVKJ), Landesverband Hessen, sowie Berufsverbände der Fachärzte und Psychotherapeuten dazu auf, jeden letzten Mittwoch im Monat die Praxen zu schließen oder auf anderem Weg gegen die aktuelle Gesundheitspolitik zu protestieren. Die Verbände wollen dabei jeweils ein anderes Thema in den Fokus rücken.

Finanzinvestoren kaufen auch Arztpraxen auf

Am 29. März wollen die Berufsverbände darauf aufmerksam machen, dass längst Finanzinvestoren aus aller Welt den deutschen Gesundheitsmarkt entdeckt haben. „Es gibt den fatalen Trend, dass Investoren medizinische Versorgungszentren und Arztpraxen aufkaufen, um sie anschließend mit maximalem Gewinn zu betreiben. Die Gesundheitspolitik muss diese Profitgier im medizinischen Bereich unterbinden“, sagt Christian Sommerbrodt, Vorstandsmitglied des HÄVH. „Als Ärztinnen und Ärzte wollen wir über die bestmögliche medizinische Behandlung für unsere Patientinnen und Patienten entscheiden. Deshalb lehnen wir privatwirtschaftlich geführte Versorgungszentren ab, in denen nicht Ärzte, sondern Betriebswirte das Sagen haben“, betont der Hausarzt aus Wiesbaden. „Patientinnen und Patienten müssen sich sicher sein können, dass sie behandelt werden, weil es um ihre Gesundheit geht – und nicht nur, weil es sich finanziell lohnt“, so Sommerbrodt.

Unternehmen haben wirtschaftliche Interessen im Fokus

„Die Renditemedizin ist weit fortgeschritten. So ist etwa die technisierte Medizin inzwischen häufig in den Händen von Herstellern von Produkten und Geräten, die eher ihre wirtschaftlichen Interessen und nicht die medizinische Versorgung im Fokus haben“, ergänzt Dr. Burkhard Voigt, stellvertretender Landesvorsitzender des BVKJ. Es gebe zum Beispiel auch Medizinische Versorgungszentren, die von großen deutschlandweit agierenden Laboren getragen würden, erklärt der Kinder- und Jugendarzt aus Frankfurt. „Wer bei meinen Patienten mit Schilddrüsenfunktionsstörung regelhaft ein großes Blutbild macht, muss sich die Frage gefallen lassen, ob er andere als medizinische Interessen bedient“, so

Voigt. „Leider werden zunehmend Leistungen in unsinniger Weise angewandt, ohne dass Patientinnen und Patienten darauf Einfluss haben – und das vor allem dann, wenn Dritte daran verdienen“, kritisiert der Kinder- und Jugendarzt.

„Ärztliche Entscheidungen dürfen nicht beeinflusst werden“

„Bei ärztlichen Entscheidungen müssen medizinische Indikatoren und die Versorgungssicherheit im Vordergrund stehen, wirtschaftliche Vorgaben dürfen keine Rolle spielen“, sagt Jan Henniger, Vorsitzender des Berufsverbands der niedergelassenen Chirurgen Deutschland (BNC). Ärztinnen und Ärzte müssten aber auch auskömmlich verdienen, damit sie in ihren Entscheidungen nicht durch betriebswirtschaftliche Einflüsse manipuliert würden, so Henniger, der als niedergelassener Chirurg eine Praxis in Frankfurt betreibt.

Die Verbände erinnern daran, dass bereits der 126. Deutsche Ärztetag im Mai 2022 in Bremen einen Maßnahmenkatalog gegen den Kommerzialisierungsdruck in der ambulanten und stationären Versorgung beschlossen hatte, um Schaden von Patientinnen und Patienten abzuwenden und die freie Berufsausübung der Ärztinnen und Ärzte nicht weiter zu gefährden. Darin forderte die Ärzteschaft unter anderem, die Gründung von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch Krankenhäuser an einen fachlichen, räumlichen und regionalen Bezug zu deren Versorgungsauftrag zu koppeln. In einem weiteren Beschluss hatte der Ärztetag den Gesetzgeber dazu aufgefordert, dem fortschreitenden Aufkauf des ambulanten medizinischen Sektors durch Private Equity und börsennotierte Aktienunternehmen Einhalt zu gebieten.

Frei zugängliches MVZ-Register würde für mehr Transparenz sorgen

„Bisher ist nicht viel passiert – im Gegenteil“, sagen die Initiatoren des hessischen Ärzteprotests. Für mehr Transparenz für Patientinnen und Patienten würde nach Auffassung des Ärztetags ein öffentliches und frei zugängliches MVZ-Register sorgen. Zusätzlich sollten die MVZ dazu verpflichtet werden, die Trägerschaft auf dem Praxisschild auszuweisen.

Pressekontakte:

Gundula Zeitz, Pressereferentin HÄVH
Tel.: 0171 8132671
presse@hausaerzte-hessen.de

Dr. Soraya Seyyedi, Pressesprecherin BVKJ
Landesverband Hessen, Tel.: 0611 37621
praxisseyyedidomay@t-online.de

Hausärzterverband Hessen e.V.
1. Vorsitzender Armin Beck (v. i. S. d. P.)
Hofheimer Str. 16a, 65795 Hattersheim
Tel: 06190 – 9743470
E-Mail: info@hausaerzte-hessen.de
www.hausaerzte-hessen.de

Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte
Landesverband Hessen
1. Vorsitzender Dr. Ralf Moebus (v. i. S. d. P.)
Ober-Eschbacher Str.9, 61352 Bad Homburg
Tel.: 06172 26021, E-Mail: r.moebus@uminfo.de
www.bvkJ.de

im Namen der fachärztlichen Berufsverbände:
Jan Henniger (Frankfurt) und Dr. Detlef Oldenburg (Hanau, v. i. S. d. P.)
Leimenstraße 20, 63450 Hanau, Tel.: 06181 24727
oldenburg@hno-hanau.de